

nissen aus der laufenden Produktion der Hewlett-Packard sowie deren Verkauf in China. Als Standort für das Joint Venture sei Beijing gewählt worden.

Im Jahre 1980 war zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik ein Abkommen über Investitionssicherungen abgeschlossen worden. Anfang 1984 wurde ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Einkommensteuerhinterziehung abgeschlossen. (XNA, 17.4.84; IHT, 11.4.84, 23.4.84; Financial Times, 12.4.84; NZZ, 25.4.84) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

*(34)

Öffentliche Ausschreibung beim Investbau eingeführt

Wie die zentrale Planungskommission mitteilt, ist beschlossen worden, von diesem Jahr an bei der Durchführung von Investbauprojekten die öffentliche Ausschreibung einzuführen. Dies sei Bestandteil der Bemühungen um eine Verbesserung des Ertrages bei Investitionen im Investbau, hieß es. In den vergangenen Jahren sei dieses System in Shenzhen, Jilin, Xiamen und Chongqing erprobt worden und habe sich als wirkungsvoll erwiesen.

In der Vergangenheit wurden die Bauprojekte von Bauabteilungen entworfen; den Projekteignern blieb keine Wahl. Für jedes Projekt, für das Entwürfe, Finanzmittel, Grund und Boden, Material und Ausrüstung bereits verfügbar sind, können Angebote eingeholt werden. Alle staatlichen oder kollektiven Baueinheiten, die über die Fähigkeit zur Durchführung des Projektes verfügen, können an der Ausschreibung teilnehmen. Wie die zentrale Planungskommission weiter mitteilte, werde dies das Monopol der Baueinheiten, die verschiedenen Abteilungen und Regionen unterstehen, brechen. Diejenige Baueinheit, die in Preis, Qualität und Bauzeit wettbewerbsfähig sei, werde als Vertragspartner gewählt. Dies werde die Qualität und die wirtschaftlichen Ergebnisse der in Angriff genommenen Projekte sicherstellen, fügte Wang Deying, der zuständige vertretende Minister, hinzu. (XNA, 2.4.84) -lou-

*(35)

Kapital der ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften erhöht

Wie auf einer Tagung von Genossenschaftsdirektoren aus den Provin-

zen zu erfahren war, wird erwartet, daß das Kapital von Chinas ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften schnell zunehmen wird, wenn die Begrenzungen für die Investitionen der Bauern aufgehoben werden. Gegenwärtig beträgt das Kapital 610 Mio.Yuan.

Die in den frühen 1950er Jahren gegründeten Genossenschaften, deren Mittel aus bäuerlichen Haushalten stammten, verfügen nun über ein großes nationales Netz von mehr als 600.000 Geschäften und Verteilungsstellen. Sie beschäftigen gegenwärtig mehr als 4 Mio. Menschen und bewältigen 62% des gesamten Einzelhandels auf dem Lande. Über 130 Mio. Haushalte, das sind 70% aller Bauernfamilien, haben bislang in den Genossenschaften investiert. Die Anteile waren bislang auf Beträge zwischen 10 bis 20 Yuan begrenzt. Es wird erwartet, daß die Dividenden, die bislang weniger als einen Yuan pro Jahr ausmachten, beträchtlich ansteigen werden.

Während der letzten zwei Jahre sind in ausgewählten Orte Versuche durchgeführt worden, wobei sich zeigte, daß die neue Investitionspolitik mit Enthusiasmus begrüßt wurde. Es gab Investoren, die mehrere Tausend Yuan anlegten, um Betriebe oder Gemeinschaftsprojekte in Partnerschaft mit örtlichen Genossenschaften zu finanzieren.

Die Reform des Genossenschafts-systems begann 1982, als das Netzwerk der ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften wiederum in Kollektiveigentum überführt wurde, nachdem zuvor die staatliche Kontrolle immer mehr angewachsen war. In den letzten Jahren wurden die meisten Investitionskonten bereinigt und nahezu alle Mittel und Dividenden an die Bauernfamilien transferiert. Die Genossenschaften sind auch über die Versorgungs- und Marketingdienstleistungen in andere Bereiche hinausgegangen, wie Weiterverarbeitung, Baumaterialien, Investbau und Transport. In manchen Gegenden haben sie auch Großhandelsmärkte für ländliche Produkte und Waren in der Nähe großer Städte eröffnet. (XNA, 24.4.84) -lou-

*(36)

Angaben über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Am 30.3.1983 teilte der Demograph Liu Zheng mit, daß 51,94% der gesamten Bevölkerung der Volksrepublik beschäftigt seien. Er verglich diese Zahl aus dem Zensus des Jahres 1982 mit Zahlen aus dem Jahre 1981 für die entwickelten Länder nach Unterlagen der Vereinten Nationen und aus anderen Quel-

len. Danach betragen die Beschäftigungsraten für die Vereinigten Staaten 43,7%, Japan 47,4%, Großbritannien 41,3%, Frankreich 38,9%, Kanada 45,2%, Sowjetunion (1980) 47,3%.

Falls man für die Erwerbsbevölkerung die Altersgruppe zwischen 15 bis 64 annehme, so seien 83,2% der Altersgruppe in der Volksrepublik beschäftigt. Für die Volksrepublik gilt jedoch als Erwerbsbevölkerung die Altersgruppe von 16 bis 59 für Männer und 16 bis 54 für Frauen. Der Anteil der Beschäftigten aus dieser Gruppe für die Volksrepublik betrug 87,5%.

Sun Jingxin, stellvertretender Direktor der Abteilung für Bevölkerungsstatistik des Zentralamtes für Statistik, teilte mit, daß 73,2% der insgesamt Beschäftigten der Volksrepublik in der Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigt seien. 97,7% dieser Menschen wären mit dem Anbau von Pflanzen beschäftigt. Von der industriellen Erwerbsbevölkerung des Landes seien 86,4% im Bereich der Herstellung beschäftigt.

Unklarheiten gibt es hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen. So nannte Liu Zheng eine Arbeitslosenrate von 2,89%. Yue Guangzhao, ein Sprecher des Ministeriums für Arbeit und Personalwesen, nannte für Ende 1983 eine Zahl von 2,7 Mio. Arbeitslosen im urbanen Sektor, oder ca. 2% der entsprechenden Erwerbsbevölkerung. 1979 habe die Zahl der Arbeitslosen 6 Mio. betragen; sie sei im Zeitraum 1980-1982 auf durchschnittlich 3 Mio. reduziert worden. Mehr als 10 Mio. Jugendliche aus den Städten, die während der Kulturrevolution auf das Land geschickt worden waren, kamen seit 1978 wieder in die Städte zurück. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen im urbanen Bereich dürfte höher liegen. Wie die obengenannten unterschiedlichen Zahlen ausweisen, gibt es beträchtliche Schwierigkeiten bei den chinesischen Behörden hinsichtlich des statistischen Meßkonzeptes und bei der tatsächlichen Erfassung der Arbeitslosen.

Neben der Einstellung junger Leute in staateigenen Institutionen und Fabriken ermutigt die Regierung die Jugendlichen, in kollektiv betriebenen Unternehmen zu arbeiten oder selbst Geschäfte aufzumachen. 1983 gab es 2 Mio. Privatbetriebe, 14mal soviel wie im Jahre 1978. Auch die Zahl der Institutionen, die den Jugendlichen Beschäftigung vermitteln oder berufliche Ausbildung betreiben, ist angestiegen. 1979 gab es 800 solcher Organisationen, 1983 war ihre

Zahl auf 20.000 angestiegen. In den letzten fünf Jahren fanden nahezu 4,6 Mio. Menschen durch die Vermittlung solcher Organisationen Arbeitsplätze. (XNA, 30.3.84 u. 7.4.84) -lou-

*(37)

Probleme der Betriebsführung in einer Zementfabrik in Xi'an

In der Volkszeitung vom 6.4.1984 erschien ein längerer Bericht über die Schwierigkeiten der Betriebsführung in einer Zementfabrik in Xi'an. Die Verhältnisse dort sind symptomatisch für die Vermischung von politischen Interessen von Einzelpersonen oder Gruppen und den ökonomischen Notwendigkeiten in Bezug auf eine qualifizierte Betriebsführung. Im folgenden seien daher wichtige Passagen dieses Berichtes wiedergegeben:

Die Zementfabrik der Stadt Xi'an wurde im Jahre 1970 mit einer Investitionssumme von 8 Mio. Yuan vom Staat gegründet. 10 Jahre hintereinander machte die Fabrik Verluste. Bis 1979 war die Führungsgruppe der Fabrik achtmal reorganisiert worden, doch keine der führenden Personen war in der Lage, Erfolge zu erzielen. Um diese Zeit beschäftigte die Fabrik einen Mann namens Li Naiheng, ein "Zementexperte", der überhaupt nichts vom Zement verstand und seinen Posten durch die "Hintertür" (zuo houmen) bekommen hatte. Er hatte die Aufgabe, die Maschinen und Einrichtungen in der Fabrik zu warten. Vierzehn und einen halben Monat versuchte er, die Maschinen in Ordnung zu bringen, doch er scheiterte in seinen Bemühungen, auch nur ein halbes Pfund Zement zu produzieren. Nachdem er an den Maschinen gearbeitet hatte, fand man heraus, daß keine elektrischen Schalter installiert waren, die Maschinen in der falschen Richtung liefen oder ratterten. Er zerstörte fast ein wichtiges Teil des mechanisierten Horizontalbrennofens, den Walzenzubringer. Er arbeitete an den Maschinen bis März 1980, doch es gelang ihm nicht, die Fabrik wieder betriebsbereit zu bekommen.

Wegen dieser schwierigen Probleme gab das damalige Parteikomitee der Stadt Xi'an eine Anzeige für diese Stelle auf. Hu Zhaoming, ein wissenschaftlich-technologischer Arbeiter, der einen Spezialkurs über Zement in einer Universität in den frühen 1960er Jahren absolviert hatte, bewarb sich darum,

von der Baumaterialabteilung der Stadt in die Zementfabrik versetzt zu werden. Es gelang ihm, in nur 13 Tagen die gewaltigen Schwierigkeiten bei der Einstellung der Maschinen zu überwinden und die fast zerstörte Walzenzuleitung zu reparieren, so daß nun Zement produziert wurde. Dieses Beispiel ließ das städtische Parteikomitee erkennen, daß es talentierte und fähige Leute gibt. Die Frage war aber, warum man diese Leute nicht eingestellt hatte. Nach einer Diskussion entschied das städtische Parteikomitee, Hu Zhaoming auf den Posten in der Zementfabrik zu berufen.

Die erste Sache, die dieser Intellektuelle nach seiner Bestellung in Angriff nahm, bestand darin, die Überbesetzung in der Fabrik zu reduzieren und auf wichtige Posten Leute mit Talent und Fähigkeiten zu berufen. Alle diejenigen, die vorher nicht genug zu tun hatten, wurden in die erste Linie der Produktion versetzt, so daß eine Anzahl talentierter Menschen von dieser Arbeit befreit und zu einer Technologieabteilung in der Fabrik zusammengefaßt wurde. ... Nachdem die Fabrik von Leuten betrieben wurde, die ihre Arbeit beherrschten, wurden viele Erfolge erzielt. ... Gegen Ende Dezember 1980 wurden anstatt der Verluste Gewinne erzielt. Es wurden mehr als 22.000 t Zement produziert, während mehr als 3.500 t hochgradiger Rohmaterialien für Zement auf Lager waren; die zehn Verlustjahre waren zu Ende. Zum ersten Mal erhielten die Arbeiter und Angestellten Jahresboni. Das städtische Parteikomitee entschloß sich dazu, in einer Zeitung öffentlich die Fabrik zu loben.

Hu Zhaoming erzielte große Erfolge bei seiner Arbeit. Dies setzte ihn jedoch Vergeltungsmaßnahmen aus. Aus Eifersucht beschimpfte der unfähige Li Naiheng, der die Ausrüstungen beschädigt hatte, Hu Zhaoming. Und jene, die nicht in der Lage waren, die Fabrik zu betreiben, und nicht gewillt waren, einfache Arbeit zu tun, begannen, ihr permanentes "Recht zu kritisieren" auszuüben. Sie verspotteten Hu, verbreiteten Gerüchte und verfaßten sogar "Berichte", in denen er angeklagt wurde. ...

Während diese Leute Unruhe stifteten, wurde die Führungsgruppe des städtischen Parteikomitees umorganisiert, und Hu Zhaoming war in einer noch kritischeren Situation. Bald danach wurde eine merkwürdige Entscheidung getroffen: Hu Zhaoming sollte in das Amt zurückkehren, um auf einen neuen Posten zu warten. Sobald Hu Zhaoming die Fabrik verlassen hatte, wurde die technische Sektion, die als seine

Einflußsphäre betrachtet wurde, aufgelöst. Einige Mitglieder der Sektion wurden entlassen, während andere beschäftigungslos blieben. In diesen Fall waren mehr als zwanzig Menschen verwickelt. ... Yang Yongmao, verantwortlich für den Posten, den früher Hu Zhaoming innehatte, sagte: "Ich werde sie (jenes technische Personal) niemals einsetzen, sogar dann, wenn ich dafür zahlen muß, daß sie beschäftigungslos bleiben." Als Hu Zhaoming noch die Fabrik leitete, hatte die technische Sektion die Entwürfe für ein Projekt beendet, das jährlich 150.000 t hochgradigen Zements hätte produzieren können, und die Fabrik hatte einen kompletten Satz von Ausrüstungen gekauft ..., die wirtschaftliche Erfolge erbracht hätten, hätte man sie nur installiert und in Betrieb genommen. Nun sind diese Ausrüstungen jedoch verrostet, weil sie lange im Freien gestanden haben. Die vorhandenen Ausrüstungen ... waren dazu ausgelegt, den Spezifikationen für einen Jahresoutput in Höhe von 150.000 t Zement zu entsprechen. Doch weil der Rotationsofen nicht installiert worden war, konnten die in Betrieb befindlichen Ausrüstungen nicht mit voller Kapazität laufen, sie verschlissen und führten zur Verschwendung von Elektrizität. ... Die gegenwärtige Jahreskapazität steht bei nur 20.000-30.000 t. Gegen Ende des letzten Jahres beliefen sich die akkumulierten Verluste der Fabrik auf 4,17 Mio. Yuan, und die Fabrik befand sich am Rande des Bankrotts.

Zur großen Überraschung hatten jene Aktivisten der "Kulturrevolution", die von Hu Zhaoming zur Arbeit in den Werkstätten "getrieben" worden waren, wieder Glück gehabt. Ein Mann namens Hu Qingzhou, der ... während der "Kulturrevolution" eine Menge von Leuten verfolgt hatte, wurde zum Chefkontrolleur für die Produktion ernannt und sogar ausgewählt, die Fabrik auf einer nationalen Konferenz für Zementproduktionstechnologie zu vertreten. Natürlich machte er auf der Konferenz eine sehr schlechte Figur, weil er nichts über Produktion wußte. Ein anderer Mann namens Zhang Jingtai, der während der "Kulturrevolution" dafür befördert worden war, daß er seinen Vorgesetzten abgesetzt hatte, wurde aus der Partei ausgeschlossen und von seinem Posten als Werkstattdirektor nach dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees entfernt. Nun hat er wieder seine frühere Position inne und erzeugt wiederum Chaos. Er machte auch eine Menge Geld damit, daß er eine Anzahl von Gelegenheitsarbeitern einstellte. Li Naiheng, ein Experte bei der "Erzielung von zusätzlichem Einkommen", ist sogar von

dem Verantwortlichen als Hilfsbetriebsleiter eingestellt worden, und dies trotz seiner bewiesenen kriminellen Aktivitäten bei der Annahme von Bestechungsgeldern durch die Gelegenheitsarbeiter.

Als Ergebnis dieser Aktionen solcher Leute verlor die Zementfabrik von 1981-1983 1,1 Mio. Yuan. ... Gegen Ende des Jahres 1983 hatten die städtischen Behörden keine andere Alternative, als die Führungsgruppe der Fabrik zu entlassen, weil die Fabrik zu viel Verlust machte.

Es wird gesagt, daß es zahlreiche Dinge in der Zementfabrik gebe, die ganz ungewöhnlich seien. Zum Beispiel heuert diese kleine Fabrik, die nur 200 Arbeiter in der ersten Linie der Produktion benötigt, oft mehr als 100 Gelegenheitsarbeiter während des Jahres an. Hinter dieser Sache steckt das folgende Geheimnis: Je mehr Arbeiter angeheuert werden, desto mehr profitieren einige Leute davon. ... Ein Mann namens Li Yuexian, der Hu Zhaoming in Verruf gebracht hatte, wurde plötzlich Mitglied einer Untersuchungsgruppe, die von der Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten des Provinzkomitees der kommunistischen Partei gegründet wurde. An den Anfang des Untersuchungsberichtes über Hu, der von Li Yuexian vorbereitet wurde, schrieb er: "Hu Zhaoming stammt aus einer Großgrundbesitzerfamilie."

Hu Zhaoming wurde wieder an das städtische Amt für Baumaterial versetzt, doch er hatte drei Jahre auf diese Stelle zu warten. Drei Jahre lang war die Produktion in der Zementfabrik zum Stillstand gekommen. Die Fabrik schaffte es nicht, 200.000 t hochgradigen Zements zu produzieren und 8 Mio.-Yuan an die übergeordneten Behörden zu überweisen. ... Die Menschen haben sich zu fragen: Das Zentralkomitee der Partei hat immer und immer wieder die Notwendigkeit betont, die Parteipolitik auch bei den Intellektuellen zu verwirklichen, die Betriebe zu konsolidieren und Verluste in Gewinne zu verwandeln. Gelten diese politischen Grundsätze der Partei noch in der Stadt Xi'an? Und sollten sie durchgeführt werden? (RMRB, 6.4.84) -lou-

*(38)

"Linke" Einflüsse behindern Reformen in der Bauwirtschaft

Auf einer nationalen Konferenz der Bauamtsdirektoren wurden "linke" Einflüsse als hauptsächlichstes Hindernis für die Realisierung von Reformen in der Bauwirtschaft bezeichnet. Seit langem würde die Bauwirtschaft fälschlicherweise

als ausschließlich zum Konsumtionsbereich zählend betrachtet. Es werde nicht anerkannt, daß die Bauwirtschaft zum Bereich der materiellen Produktion zähle und daß die Produkte der Bauwirtschaft Waren seien. Jahrelang sei der Schwerpunkt auf die staatlichen Betriebe gelegt worden, während der Aufbau von Kollektiv- und vor allem die Einrichtung von Einzelbetrieben vernachlässigt worden sei. Die Betriebsgrößen seien im allgemeinen zu groß, ein wirtschaftliches Verantwortungssystem gebe es nicht, und das Leistungsprinzip werde bei der Entlohnung nicht genügend berücksichtigt. (RMRB, 30.4.84) -sch-

*(39)

90.000 Warenzeichen in der Volksrepublik

Nach Auskunft von Ren Zhonglin, Direktor der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel gab es Ende 1983 90.618 Warenzeichen in der Volksrepublik. Davon waren 15.436 ausländische Warenzeichen. Japan stand mit 3.983 Warenzeichen an erster Stelle, danach folgen die Vereinigten Staaten mit 3.619. Unter den Ländern mit mehr als 1.000 Warenzeichen waren Großbritannien und die Schweiz. Ren fügte hinzu, daß die Anträge zugenommen hätten, nachdem das Warenzeichengesetz im August 1982 in Kraft getreten sei. Das Warenzeichengesetz schütze Patentrechte, und die Kontrolle über die Warenzeichenziele auch dahin, die Produktqualität zu kontrollieren, um die Konsumenten zu schützen. (XNA, 11.4.84) -lou-

*(40)

CCPIT gründet Patentabteilung

Der Staatsrat hatte den China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT) als nationales Patentbüro für die Bearbeitung ausländischer Patentanträge in China und die Anmeldung chinesischer Patente in anderen Ländern benannt. Zuvor hatte der CCPIT ein neues Patentbüro in Hong Kong eingerichtet, um die in China patentierten Erfindungen zu propagieren und ausländische Patentanträge in der Volksrepublik zu unterstützen. Wenn das neue chinesische Patentgesetz am 1.4.85 in Kraft tritt, wird das neu geschaffene CCPIT-Patentbüro die Beratung von Patentkunden und die Bearbeitung von Anträgen übernehmen sowie als Verbindungsstelle zum Patentamt der Volksrepublik China fungieren. Des Weiteren wird das Büro für die Patentverwaltung, Lizenzgeschäfte und Streitsachen zuständig sein.

Das Büro ist in fünf Abteilungen gegliedert, die sich im einzelnen

mit der Bearbeitung von Patentanträgen für Erfindungen in Maschinenbau, Elektronik, Energie- und Chemiewirtschaft sowie mit Rechts- bzw. Verwaltungssachen befassen.

Wie Hu Mingzheng, der stellvertretende Direktor der juristischen Abteilung der CCPIT, mitteilte, hat diese Gesellschaft nun 70 erfahrene Rechtsexperten, die sich auf Weltwirtschaft, Handel, Schifffahrts- und Patentangelegenheiten spezialisiert haben. Wie Hu weiter ausführte, fielen Patente und Warenzeichen unter industrielles Eigentum. In dieser Hinsicht habe der CCPIT große Erfahrung. Seit seiner Gründung im Jahre 1952 habe die Organisation nahezu 20.000 Warenzeichenanträge behandelt sowie einige Patentanträge in anderen Ländern und von anderen Ländern. (XNA, 30.3.84, 6.4.84; vgl. auch C.a., März 1984, U 33, S.127 f.) -lou-

*(41)

Ruhrgebiet Vorbild für Provinz Anhui

Die Provinz Anhui (die eng mit dem Bundesland Niedersachsen zusammenarbeitet) hat sich das Ruhrgebiet als Vorbild für seine wirtschaftliche Entwicklung genommen. Im Jahre 1981 machte Professor Yang Jike, der stellvertretende Gouverneur der Provinz, den Vorschlag, Anhui zum "Ruhrgebiet" von Ostchina auszubauen. Der Vorschlag erregte große Aufmerksamkeit sowohl im In- als auch im Ausland. Beauftragt von der Volksregierung der Provinz lud die chinesische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie chinesische Experten der Wirtschaftsgeographie ein, eine vergleichende Studie der Wirtschaftsgeographie des Ruhrgebietes und des nördlichen Anhui durchzuführen. Es dauerte ein Jahr, um die Studie fertigzustellen. Die Experten schrieben einen Bericht über die Studie, der kürzlich von den zuständigen Abteilungen geprüft und für nützlich befunden wurde.

Auf Anregung des Parteikomitees der Provinz berief Prof. Yang nun eine Konferenz von Experten, Professoren, Ingenieuren und Technikern aus den in Frage kommenden Abteilungen der Provinz zusammen, um Strategie, Plan und andere Fragen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung von Anhui zu diskutieren. Prof. Yang unterrichtete die Konferenz über die Wirtschaftsentwicklung des Ruhrgebietes und verglich dessen Situation mit der Lage im nördlichen Bereich der Provinz. Er führte aus, daß die chinesische Provinz der Bundesrepublik in Bezug auf die unter- und oberirdischen Ressourcen überlegen sei, in Bezug auf geo-

graphische Bedingungen und das Klima. Verglichen mit den sechs Provinzen in Ostchina habe Anhui die günstigsten Bedingungen. Wenn Kapital, kompetentes Personal, die notwendige Technologie zur Verfügung stünden und ein rationaler Wirtschaftsplan ausgearbeitet und durchgeführt würde, würde man in der Lage sein, die Provinz zu einer idealen Basis in Ostchina für die Entwicklung der sechs Grundstoffindustrien auszubauen, und zwar Kohle, Stahl, Elektrizität, Chemie, Maschinenbau und Baumaterialien.

Von Teilnehmern der Konferenz wurde ausgeführt, daß die reichen Naturressourcen ausgenutzt werden müßten. Gleichzeitig mit der Belebung der Wirtschaft in der Provinz müsse darangegangen werden, die Provinz für die Welt zu öffnen. Die verschiedensten Propagandamedien sollten genutzt werden, um Anhuys günstige Bedingungen bekannt zu machen, große Investitionen heranzuziehen, um Zechen bauen, Fabriken gründen, Institutionen der höheren Ausbildung errichten und den Tourismus fördern zu können. In gewissen Arbeitsbereichen sollten Verbindungen auf der Basis von Verträgen mit ausländischen Firmen aufgenommen werden. Noch in diesem Jahr sollen Delegationen nach Westeuropa, Nordamerika und in andere Länder gesandt werden, um mit ausländischen Unternehmen zu verhandeln. (Radio Hefei, 3.4.84, zit. nach: SWB, 10.4.84) Die sicheren Kohlereserven der Provinz belaufen sich auf 22,3 Mrd.t; desgleichen sind reiche Vorräte an Eisen, Kupfer und anderen Mineralien vorhanden. (XNA, 9.4.84) -lou-

* (42)

Bau von Kernkraftwerken soll beschleunigt werden

Der Staatsrat hat eine Leitungsgruppe zur Vereinheitlichung der Führung beim Bau von Nuklearkraftwerken und bei der friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie eingesetzt. Dies erklärte am 17.4.1984 der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng, der zum Leiter der Gruppe ernannt wurde, zum Abschluß des 7tägigen zweiten Kongresses der chinesischen Nukleargesellschaft.

Li Peng sagte, die chinesische Delegation habe beschlossen, die Kernkraft auszubauen und moderne Anlagen und Technologie aus dem Ausland zu importieren, um den Bau von Nuklearkraftwerken zu beschleunigen. China habe die Aufnahme in die Internationale Atomenergiebehörde beantragt. Ein Zusammenarbeitsabkommen mit Frankreich sei geschlossen worden;

Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten seien im Gange.

Li Peng sagte, China beabsichtige, mit dem Bau von je zwei Kernkraftwerken während des sechsten und siebten Fünfjahresplanes zu beginnen. Zwei Anlagen sind bereits in den Provinzen Zhejiang und Guangdong im Bau. Die beiden anderen sollen in Ost- und Nordost-China errichtet werden. (XNA, 18.4.84)

Der neue Präsident der chinesischen Nukleargesellschaft, Professor Jiang Shengjie, gab einen Überblick über die Prinzipien für die Entwicklung der Kernkraft. Diese Industrie solle so schnell wie möglich entwickelt werden. Andere Prinzipien seien wie folgt: (1) Für die erste Generation der Kernkraftwerke, die vor dem Jahre 2000 gebaut werden soll, sollen vorwiegend Druckwasser-Reaktoren benutzt werden. (2) Es soll eine Konzentration auf die 1.000 Megawatt-Reaktor-Kategorie stattfinden. (3) Die Nuklearkraftwerke sollen vorwiegend in den wirtschaftlich entwickelten Küstenzonen errichtet werden, in denen es Schwierigkeiten bei der Übermittlung von Energie gibt. (4) Die Exploration und Ausbeutung von Uranlagern sollen beschleunigt werden. Die Produktion von angereichertem Uran soll ausgeweitet werden, um die einheimische Versorgung der Nuklearkraftwerke mit Brennstoff zu garantieren. (5) Es sollen Niedrigtemperatur-Kraftwerke zu Heizungszwecken entwickelt werden, um Kohle und Öl einzusparen. (6) Die Arbeiten zur Behandlung bereits benutzter Nuklearbrennstoffe sollen verstärkt werden, um Uran und Plutonium wiederzugewinnen. Ebenso soll die Forschung über die Lagerung radioaktiven Abfallmaterials verstärkt werden.

Professor Jiang teilte mit, daß China bis zum Jahre 2000 Nuklearkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 10.000 Megawatt bauen werde. In der Zwischenzeit werde ein kleiner Neutronen-Schnellbrüterreaktor, die zweite Generation der Nuklearkraftwerke, gebaut werden, um den Weg für kommerzielle Kraftwerke dieser Art im nächsten Jahrhundert zu bereiten.

Auf lange Sicht, so Jiang, hofft China, eigenständig Nuklearkraftwerke bauen und ausrüsten zu können. Das Ziel ist, einen kontrollierten nuklearen Fusionsreaktor zu bauen, die dritte Generation der Nuklearkraftwerke. (XNA, 18.4.84) -lou-

* (43)

Chinesische Teeproduktion stagniert

Nach dem (in diesem Heft abgedruckten) Kommuniqué über die Erfüllung des Planes für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung 1983 wurden 401.000 t Tee produziert, gegenüber 1982 ein Zuwachs von 0,8%. Nach einer anderen Quelle (Financial Times, 11.4.84) soll die Produktion auf 382.500 t gefallen sein.

Wie Duan Yingbi vom Studienzentrum für die ländliche Entwicklung sagte, sei die chinesische Teeindustrie nicht gut geführt. Die Preise seien hoch, die Qualität sei im allgemeinen niedrig, und es herrsche ein Überangebot an Tee mit Fermentierungen, die nicht beliebt seien.

Die chinesischen Exporte fallen. Sie machen nun etwa 10% der Weltexporte aus, während es noch 90% in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts waren. Der Anteil Indiens am Weltmarkt beträgt 22%, Sri Lanka liefert 23%.

Die Chinesen trinken weniger Tee als in anderen teeproduzierenden Ländern. Der durchschnittliche jährliche Teekonsum beträgt nun weniger als 150 Gramm. Der Welt-durchschnitt beträgt ca. 430 Gramm pro Jahr.

Duan sagte, daß der Teeumsatz auf dem chinesischen Markt 1983 um 350 t gefallen sei, und zwar im wesentlichen wegen hoher Preise und schlechter Qualitäten. In einigen Gegenden des Landes könne man keinen Tee kaufen; dies sei auf die unzureichende Verteilung zurückzuführen.

Die unbefriedigende Situation der Teeindustrie sei durch das Staatsmonopol verschlimmert worden. Den Teeanbauern sei nicht erlaubt worden, den Tee selbst zu vermarkten. Dies hatte sie ermutigt, der Quantität den Vorzug vor der Qualität zu geben. Viele Teeanbauer produzierten noch immer Tee mit geringer Qualität, obgleich es bereits Vorräte in Höhe von 3.500 t gebe. Laut Duan könne das Land nicht darauf hoffen, mit der Situation ohne durchgreifende Reformen fertig zu werden. China könne seinen Ruf als Heimat des Tees verlieren. (RMRB, 9.4.84; Financial Times, 11.4.84) -lou-

* (44)

Boni müssen besteuert werden

In einem am 16.4.1984 vom Staatsrat veröffentlichten "Rundschreiben über wichtige Fragen, betreffend die von den staatlichen Unternehmen vergebenen Boni" heißt es wie folgt:

In der zweiten Phase der Ersetzung der Gewinnabführung durch das Steuersystem für die staatlichen Unternehmen werden die Verhältnisse zwischen dem Staat und den Unternehmen und die wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Unternehmen gegenüber dem Staat klarer und bestimmter. Diese Verbesserung wird die notwendigen Bedingungen für die Unternehmen schaffen, verschiedene Verantwortlichkeitssysteme anzunehmen, die materiellen Interessen der Arbeiter mit den wirtschaftlichen Ergebnissen des Betriebes zu kombinieren, den Egalitarismus bei der Vergabe von Boni zu überwinden und die Höhe der Boni anzuheben. Um das System der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit zu fördern und den Enthusiasmus der Betriebe und ihrer Arbeiter zur Entwicklung der Produktion und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Resultate zu fördern, werden folgende Regelungen getroffen.

(1) Die Vergabe von Boni sollte an die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen gebunden werden. Nachdem ein Unternehmen den Staatsplan vollkommen erfüllt hat und die Gewinnabführungen an den Staat erhöht worden sind, kann entsprechend auch das Volumen der Boni erhöht werden. Falls ein Unternehmen den Staatsplan nicht erfüllt hat und eine geringere Summe von Steuern und Gewinnen als im vorhergehenden Jahr abgeführt hat, sollte es die Boni verringern oder deren Zahlungen aussetzen.

(2). Um den übermäßigen Anstieg der Konsumtionsfonds unter Berücksichtigung der Gesamtsituation zu kontrollieren, sind die Boni zu versteuern, nachdem sie erhöht worden sind. Alle von einem Unternehmen gezahlten Boni sollen insgesamt verbucht und nach der Progressionssteuertabelle versteuert werden. Eine Ausnahme bilden jene Boni, die als Preise für Erfindungen, für Einsparungen der zehn bezeichneten Roh- und weiterverarbeiteten Materialien, für rationale Empfehlungen bezüglich technischer Neuerungen und für die schnellere Beladung und Entladung ausländischer Schiffe gezahlt werden. (Anmerkung: Die Boni für die schnellere Be- und Entladung ausländischer Schiffe werden von den ausländischen Schiffseignern an die chinesischen Hafenbehörden gezahlt, um die Verweildauer der Schiffe zu verringern. Die ausländischen Reeder klagen häufig über die lange Verweildauer der Schiffe, die selbst in einem so modernen Hafen wie Dalian fast einen Monat beträgt. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Verweildauer im Hamburger Hafen beträgt 28 Stunden.)

Für einen gesamten Jahresbonus, der nicht das 2,5fache eines Monatsgehaltes übersteigt, brauchen keine Steuern bezahlt zu werden. Für Boni, die weniger als ein Viermonats-Grundgehalt betragen, beträgt der Steuersatz 30% auf die über den steuerfreien Betrag hinausgehende Summe. Die Steuersätze für Boni in Höhe von weniger als sechs Monatsgehältern betragen 100% und für Boni in Höhe von mehr als sechs Grundgehältern 300%. Die an Arbeiter im Bereich des Bergbaues, im Transport- und Bauwesen gezahlten Boni werden nicht versteuert.

Die Bonussteuern müssen von den Betrieben und nicht von den Empfängern gezahlt werden. Die Boni müssen aus den Lohnfonds der Betriebe entnommen werden. Spezielle Steuervorschriften werden noch vom Finanzministerium formuliert und an den Staatsrat zur Genehmigung weitergeleitet werden.

(3) In bezug auf die Vergabe der Boni wird den Betrieben Entscheidungsmacht zugestanden. Von jetzt an wird der Staat hauptsächlich nur noch die Gesamtsumme der Löhne (einschließlich der Boni) der Betriebe kontrollieren. Die Betriebe werden über die Form der Boni entsprechend ihrer spezifischen Situation entscheiden. Boni können nach Arbeitspunkten vergeben werden oder in Form von floating-Löhnen oder Akkordlöhnen für Übernormarbeiten. Betriebe können auch die Boni verringern und das Geld dazu verwenden, einen Teil der Arbeiter zu fördern oder die Reform der Lohnstruktur durchzuführen. Der zusätzliche Anteil der Löhne sollte in Zukunft von den Betrieben selbst aufgebracht werden und nicht als Betriebs- oder Fixkosten verbucht werden. Unabhängig davon, welches Bonussystem angenommen wird, muß die Vergabe von Boni mit der Durchführung des wirtschaftlichen Verantwortlichkeitssystems der Betriebe kombiniert werden. Mit dem Egalitarismus bei der Vergabe von Boni muß Schluß gemacht werden; die Fortgeschrittenen müssen gefördert, die Fleißigen belohnt und die Faulen bestraft werden. Die Löhne müssen entsprechend der geleisteten Arbeit bezahlt werden; Übernormarbeit muß belohnt werden.

Falls nach der Zahlung von Boni noch Restbeträge in den Lohnfonds verbleiben, so können diese in Übereinstimmung mit den Regelungen von den Betrieben zurückbehalten und auf folgende Fiskaljahre übertragen werden. Keine Abteilung sollte diese Beträge zu anderen Zwecken verwenden. (Xinhua, 20.4.84, zitiert nach SWB, 26.4.84) -lou-

TAIWAN

*

*

* * * * *

*(45)

Bevölkerungsexplosion gebremst

Nach den Angaben des Komitees für Wirtschaftsaufbau unter dem Exekutiv Yuan (Regierung) hat die Bevölkerungspolitik im letzten Jahr einen großen Erfolg erzielt (ZYRB, 25.4.84). Die Zahl derjenigen, die sich einer der empfindnisverhütenden Maßnahmen unterzogen haben, lag in diesem Zeitraum nicht nur auf Rekordhöhe, sondern auch 8% über dem von der Regierung ursprünglich geplanten Ziel. Während die Geburtsrate durch die Verbreitung der Verhütungsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr von 2,21% auf 2,06% sank, stieg gleichzeitig die Sterberate infolge des zunehmenden Anteils älterer Leute an der Bevölkerung geringfügig auf 0,49%. Dadurch ging der Geburtenüberschuß auf 1,57% zurück. In diesem Jahr wird eine weitere Senkung des Bevölkerungswachstums auf 1,5% erwartet. Der Optimismus stützt sich außer auf die Erwartung einer Fortsetzung der o.a. Tendenz darauf, daß sich die Zunahme der geburtenhäufigsten Altersgruppe - Frauen zwischen 20 und 29 Jahren - von 1,7% im vergangenen Jahr auf 1,3% verlangsamen wird.

Ein anderer Grund für den Geburtenrückgang auf der Insel ist sicherlich die Emanzipation der Frauen. Nach von der Presseagentur CNA (Central News Agency, Taipei, 16.4.84) verbreiteten Statistiken sind 42 Prozent aller verheirateten Frauen in Taiwan berufstätig. Außerdem hat sich die Scheidungsrate infolge der rapiden sozio-wirtschaftlichen Veränderungen während der letzten 15 Jahre verdreifacht. In den Jahren 1968-1969 wurden im Durchschnitt 0,36 unter 1.000 Ehepaaren geschieden. Seitdem wurde ein ständiges Ansteigen bis auf 1,04 pro 1.000 Ehepaare ermittelt.

In dem oben bereits erwähnten Bericht über die Bevölkerungsentwicklung wies das Komitee für Wirtschaftsaufbau darauf hin, daß 1983 in Taiwan alle 1,23 Minuten ein Baby zur Welt kam, alle 5,48 Minuten ein Mensch starb, alle 3,19 Minuten eine neue Ehe geschlossen und jede halbe Stunde eine Ehe geschieden wurde. Dazu sind jeden Tag durchschnittlich 38 Menschen ein- und 47 Menschen ausgewandert. Die Bevölkerungszunahme pro qkm betrug 7 Einwohner. Die Bevölkerungsdichte lag Ende 1983 bei 520 Ew./qkm. Damit steht Taiwan unter allen Staaten mit einer Bevölkerung von über 10 Mio. Einwohnern hinter Bangladesch